

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volkswacht“
erscheint täglich abends um 7 Uhr
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Verantwortliche Nr. 7768.

Insertionsgebühren
betragen für die einseitige
Beilage über deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Berichtungs-Beilagen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 278.

Montag, den 28. November 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die „gewissenlosen Agitatoren“ und die „bethörte Menge“.

Die vergangene Woche hat uns wieder einen großen Sozialistenprozess in Oberschlesien gebracht, den Landfriedensbruchprozess in Beuthen gegen sechs junge Leute aus Bogutschütz. Oberschlesische Sozialistenprozesse sind nichts Neues mehr seit einiger Zeit, und doch bietet jeder neue Prozess immer wieder Stoff zu eigenartigen Beobachtungen, zu Beobachtungen, die man eben nur hier, in diesem so besonders gearteten Milieu machen kann.

So bot auch der neueste Sozialistenprozess für aufmerksame Augen und Ohren manches Interessante. Es wurde zum ersten Mal in diesem Lande erwähnt, war aber auf Schritt und Tritt festzustellen, daß die Ursache des Prozesses im Grunde nichts anderes war als der hier ganz besonders große Gegensatz zwischen den zwei Klassen der Bevölkerung, den Arbeitern und den Nichtarbeitern, den Beamten, Geistlichen, Lehrern und dergleichen. So klar wie im ober-schlesischen Industriebezirk prägen sich vielleicht nirgends in Deutschland die Klassengegenstände in der Bevölkerung aus, sie sind so greifbar, daß sie dem Proletariate schon vor der sozialdemokratischen Agitation zum Bewußtsein gekommen sind, gerade deshalb hat ja die Sozialdemokratie in dieser Beziehung hier so leichte Arbeit. Dieses Klassenbewußtsein ist an sich etwas sehr Gutes, nur ist es zu bedauern, daß es sich bei der hiesigen Bevölkerung, deren Bildung noch so viel zu wünschen übrig läßt, in oft recht unangenehmer, für das Proletariat selbst schädlicher Weise äußert.

Unternehmern und Unternehmerngehilfen, Beamte, Geistliche u. s. w. gelten dem Proletariat meist einfach als Unterdrücker. Seit Generationen hat er mit diesen Leuten üble Erfahrungen gemacht und so ist diese Meinung sehr erklärlich. Denselben Haß, den das Proletariat dem Bürgerthum gegenüber zeigt, offenbart übrigens auch dieses dem Proletariat gegenüber, trotz der „Bildung“ des Bürgerthums Ausnahmen schätzig und die Regel. Wie sehr trat z. B. im Beuthener Schwurgerichtsprozess der Haß einiger „gebildeter“ Zuhörer gegen den Angeklagten hervor! Es war widerlich, von angeblich gebildeten Leuten derartig gehässige Bemerkungen zu hören, wie sie thatsächlich fielen. Es waren gute Hasser, diese Anhänger der „Religion der Liebe“.

Und nun denke man sich in einer Gegend mit dieser Bevölkerung eine Agitation zur Reichstagswahl, eine Agitation, bei der nur zwei Parteien auf den Plan treten, die die hiesigen Gegensätze in der Bevölkerung repräsentiren. Die alte Partei hat bisher unumschränkt geherrscht, alle Macht ist in ihrer Hand; die neue Partei macht den ersten ernsthaften Versuch zur Eroberung des Wahlkreises, ihre äußere Macht ist gleich Null, der ihre innere Macht ist riesengroß, es ist die Wahrheit ihrer Lehre, die gerade an den ober-schlesischen Verhältnissen ihre glänzende Bestätigung findet; sie ist so groß, daß sie fast nahe daran ist, der alten Partei die vorher nie angefochtene Herrschaft zu entreißen. Wie hoch muß da die Parteileidenschaft sein, zumal da die alte Partei in ihrer Verzweiflung zu verzweifelten Kampfmitteln greift, die die neue, von den Behörden gehindert, nicht einmal mit ehrlichen bekämpfen darf! Sie hoch muß da die Parteileidenschaft steigen am Wahltag selbst, an dem einzigen Tage im Zeitraum von fünf Jahren, an dem der Proletariat endlich einmal ein Recht, fast das ein-

zige, das ihm noch geblieben, ausüben darf. „Das ist unser Tag“, rief man auch in Bogutschütz.

Das war der Hintergrund des Beuthener Landfriedensbruches. Es war mit Händen zu greifen, wie der Wahlstand entstanden war, daß er nämlich nichts war als eine Ausfertigung des Klassengegenstandes von Seiten der unterdrückten Klasse, eine falsche und deshalb strafbare Ausfertigung allerdings, aber doch wieder eine Ausfertigung, an deren Falschheit und Strafbarkeit wieder nicht eigentlich die Beteiligten selbst schuld waren, als vielmehr ihre Gegner, die ja noch alle Macht in den Händen haben, diese Macht aber mißbraucht haben, indem sie die Volksbildung niederhielten und die Schnapspest um sich greifen ließen.

Und doch kam dieser natürliche Hintergrund des Gegenstandes im Gericht mit keinem Worte zur Sprache, dafür suchte man einen künstlich konstruirten hervor und fand ihn in den „gewissenlosen Agitatoren“, die das „Volk bethören“, ihm goldene Berge versprechen und an Allem Schuld sind; leider können sie nicht dafür bestraft werden.

Der Vorsitzende des Schwurgerichtes, Herr Landgerichtspräsident Sallé, ein Mann, der den Jahren nach ein erfahrener Jurist sein könnte, war es, der diese Worte äußerte. Wie kam er zu dieser Ausfertigung?

Es ist wahr, es ergab sich in der Verhandlung Einiges, was Herrn Sallé zu seinen Worten zu berechtigen schien, aber auch nur scheinbar. Wer nicht an der Oberfläche haften blieb, sondern tiefer nachforschte, konnte unmöglich zu dem Gedanken kommen, den Sallé äußerte. — Die angeklagte Frau Karitscha, eine Person, wie man sie unter den ober-schlesischen Arbeiterfrauen so häufig trifft, und die man am besten mit den bekannten Worten charakterisirt: einseitig geboren, nichts dazu gelernt — diese Frau brachte eine Auffassung von der Sozialdemokratie zu Tage, die allerdings von „Verführern“ herzurühren schien. Da war ihr erzählt worden, wenn die Sozialdemokratie siege, bekäme ihr Mann auf der Stelle einen Schichtlohn von 8 Mark, brauche eigentlich überhaupt nicht mehr zu arbeiten, denn das müßten nachher die Herren und Beamten selbst besorgen; sie selbst bläue dann nicht ihren Kinderwagen zu schieben, sondern könne sich ein Dienstmädchen halten und dergl. mehr. Sie selbst hatte übrigens wahrscheinlich in der Meinung, der Krieg sei an allem schuld, geglaubt, es werde ein neuer König gewählt werden, wenn die Sozialdemokraten siegen. (!)

Wie kam diese Frau zu solchen Anschauungen? Sie sind sehr thöricht und wenn die Menge sie glaubte — was selbstverständlich nicht richtig ist — so könnte man von einer „bethörten Menge“ sprechen. In Wirklichkeit handelt es sich nur um einzelne bethörte Leute. Wer aber ist an der Bethörung schuld? Sozialdemokratische Demagogen, „gewissenlose Agitatoren“, wie Herr Sallé zu glauben scheint, oder andere?

Den Beweis für seine Behauptung ist uns Herr Sallé schuldig geblieben; hätte er einen gesucht, so hätte er ihn freilich nicht gefunden. Jene Märschen vom einfachen Vertauschen der Rollen zwischen Arbeitern und Herren, die übrigens Herr Sallé in recht flacher Weise verspottete, stammen nicht von unseren Agitatoren, sondern von unseren Gegnern, vor allem von den katholischen Geistlichen und einigen „guten“ Zeitungen Oberschlesiens, die in blödsinniger Bekämpfung der Sozialdemokratie das Menschenmögliche leisten. In der Kirche und in Blättern, wie in der „Kattowitzer Zeitung“, dem „Oberschlesischen Anzeiger“, der „Oberschlesischen Volkszeitung“, der „Oberschlesischen Volksstimme“ u. dergl. kann man gelegentlich Dar-

stellungen der sozialistischen Lehren hören und lesen, die den Anschauungen jener Frauen aufs Haar gleichen. Unsere Gegner, die gerade in Oberschlesien meist keine Ahnung vom wahren Wesen der sozialdemokratischen Partei haben, zu faul sind, um es zu studiren, oder zu dumm, um es halbwegs anständig bekämpfen zu können, machen sich ein Zerrbild von ihm zurecht und tragen dann in der Bekämpfung dieses „Zerrbildes“ billige Siege davon. Nicht also durch unsere Agitatoren, sondern durch pfäffische und Zeitungsdemagogen werden jene Märschen ins Volk getragen. Und wenn dann manche Leute sie für wahr halten und gar sich für sie begeistern, so sind wiederum nur unsere Gegner daran schuld, die die Volksaufklärung verhindern haben und noch heute verhindern.

Unsere Agitatoren können ja garnicht dazu, das Volk über die wahre Lehre des Sozialismus aufzuklären; die Gegner haben ihnen bisher jede Versammlungsthatigkeit unmöglich gemacht. Gebt uns Versammlungsfreiheit und Herr Sallé wird staunen, wie gerade die gewissenlosen „Agitatoren“ jene „Bethörung der Menge“ mit albernen Märschen, die angeblich von ihnen stammen, aufs Schärfste bekämpfen würden. Oder hat Herr Sallé in unseren Zeitungen, in unseren Flugblättern jene Märschen entdeckt? Wenn ja, fordern wir ihn auf, mit diesen Beweisen hervorzutreten.

Die alte, so oft getadelte und doch immer wiederkehrende Erscheinung ist auch hier zu konstatiren: der Sozialdemokratie wird alles Uebel aufgebürdet, obwohl gerade ihre Gegner an ihm schuld sind und die Sozialdemokratie es bekämpft. Die Erforschung der Ursachen gewisser sozialer Uebel wird immer noch in der oberflächlichsten Weise betrieben. Dasselbe was wir jüngst an einem ober-schlesischen Lehrer, der ungereimtes Zeug von der Auffassung der Sozialdemokratie über die Familie in die Welt hineingeschwaht hatte, müssen wir heute an einem Landgerichtspräsidenten tabeln: eine aus arger Oberflächlichkeit entspringende Verwechselung der Ursachen unangenehmer sozialer Erscheinungen.

Es ist selbstverständlich, daß Herr Sallé in gutem Glauben gehandelt hat. Er ist thatsächlich der Meinung, sozialdemokratische Heger seien im Grunde an dem Bogutschützer Wahlstand wie an allen ähnlichen Erscheinungen schuld. Wir haben ihm das Gegentheil bewiesen. Wenn ihn unsere Ausführungen nicht überzeugt haben, so veranlassen sie ihn doch hoffentlich wenigstens, seine Ansichten von den gewissenlosen Agitatoren einer gründlichen Revision zu unterziehen. Das wird für ihn und uns nützlich sein.

Eröffnung des Reichstages.

Der Termin zur Eröffnung des Reichstages ist nun endlich amtlich bekannt gegeben. Die Eröffnung erfolgt am Dienstag, den 6. Dezember. Die im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Rabinetsordre ist datirt Baden-Baden, den 25. November, und gegengezeichnet vom Staatssekretär Grafen Posadowsky.

Es werden also nur wenige Sitzungen stattfinden können bis zum Beginn der Weihnachtsferien, und die geschäftlichen Dispositionen des Reichstages sind von vornherein äußerst erschwert. Die unangenehmste Folge dieses Verfahrens der Regierung aber wird sein, daß für die Berathung sehr wichtiger Angelegenheiten, besonders der Anträge aus dem Hause, keine genügende Zeit bleiben wird.

Auch die bürgerliche Presse klagt lebhaft über diese Behandlung des Reichstages aber nicht zum wenigsten

Beim Kommiss.

Zwei Jahre Volks-Erziehung

von D. Eugen Hoffman.

Die Frau des Hauptmanns war kinderlos; die beiden Töchter des Feldwebels waren bei der „gnädigen Frau“ wie im Hause. Wenn der Feldwebel selbst von der „gnädigen Frau“ sprach, leuchteten seine Augen und seine scharfe Kommandostimme bekam einen so weichen schwärmerischen Klang, als ob er ein Katholik wäre und rebete von „unserer lieben Frau“. Das war nun alles aus.

Abolf war zufällig auf dem Korridor, als der Hauptmann von seinem langjährigen Gehilfen den letzten Abschied nahm. Beiden standen die Thränen in den Augen; und als die Alte ging, wandte sich der Feldwebel mit einem gewaltigen Aufschrei nach seiner Thür zurück und taumelte hinein. Abolf schaute sogar etwas wie ein unterdrücktes Schluchzen vor sich zu haben.

Am Mittag bei der Parade wurde bekannt gemacht, daß Herr Hauptmann von Tripow die Kompagnie übernommen habe.

Gegen Abend nach sechs Uhr — der Dienst war zu Ende und die Leute meist in die Stadt gebummelt — kam Abolf aus der Kantine, wo er sich eine Zigarre gekauft hatte. Er war eben im Revier der zweiten angelangt, als er hinter einen leichten sporenkittenden Schritt auf der Treppe verlor.

Er fuhr herum, riß die Zigarre aus dem Mund und strammte an der Seite. Das mußte der Neue sein.

„Zweite Kompagnie!“
„Jawohl, Herr Hauptmann.“
„Führ mich mal nach dem Bureau!“
Es war noch ein junger Mann, vielleicht eben über die

Mitte der Dreißiger, aber schon ziemlich corpulent. Ein schöner schwarzer Vollbart und ein paar große, dunkle, glänzende, rollende Augen. Was Abolf sonst noch vom Gesicht sah, war stark geröthet. Er kam vom Diner im Kasino.

Mit einem Male blieb er stehen. „Guck mich mal an, mein Sohn!“

Abolf riß die Knochen zusammen.

„Nimm die Mütze ab!“

Abolf gehorchte.

„Was hast Du denn da eigentlich für eine Frisur, mein Sohn? Soll die militärisch sein? Was? Zeig mal her!“

Und nun fing er an, Abolf mit beiden Händen die Haare hinter den Ohren hervor nach vorn zu kämmen. „Spuck mal auf die Finger!“ sagte er dann. „Und nun dreh Dir mal ein paar Locken hier vorn — von unten nach oben — noch mehr! — So! — Jetzt siehst Du wenigstens aus wie ein preussischer Soldat. Hast Du das noch nicht gewußt — daß das so sein muß?“

„Nein, Herr Hauptmann.“

„Dann werd ich's euch beibringen. Das ist gute, alte, preussische Frisur, die Spucklocken vor den Ohren. Das wird mir jetzt jeden Morgen gleich nach dem Waschen so gemacht. Verstanden?“

„Jawohl, Herr Hauptmann.“

„Na! — Wie heißt Du denn?“ fragte er im Weiter-schreiten.

„Müller, Herr Hauptmann.“

„Müller! — Der Name ist nicht sehr intelligent. So flottlich ist's der Kerl mehr. Was?“

Der Hauptmann lächelte so pfliffig dazu, daß Abolf glaubte, ein bißchen was riskiren zu können.

„Ich mag mir darüber kein Urtheil an, Herr Haupt-

„Um!“ Die Augen rollten wie Feueräder. „Was bist Du denn in Deinem Zwiiberhältnis?“

„Kaufmann.“

„Kaufmann? Gelernter Kaufmann? Da muß ich wohl Sie zu Dir sagen? — Was? Hast Du's mir übel genommen?“

„Nein, Herr Hauptmann.“

Nun war wieder das pfliffige Lächeln da. „Wenn Du schlau bist.“

Sie waren am Bureau angekommen. Der Hauptmann richtete noch einmal die ganze Breitseite seiner Augenbatterie auf Abolf. „Na, Müller — wir werden uns noch näher sprechen.“ Dann ging er hinein.

„Verfluchter Kerl!“ dachte Abolf. „Nun geht's aus einem anderen Tone als bisher.“

So war es auch. Abends um neun Uhr war noch einmal Befehlsausgabe. Gleich für den nächsten Morgen war eine Feldübungsübung im Gelände angelegt. Es konnten zwar nur mit Mühe und Noth zwei Züge zusammengestopft werden, aber der Hauptmann wollte es mit Gewalt so haben.

Der Einjährige Bleißfuß hatte das Unglück, gleich diesen ersten Dienst beim neuen Hauptmann zu verschlafen. Die Kompagnie war schon zur Stadt hinaus, als er athemlos nachgelaufen kam und sich zur Stelle meldete. Der Hauptmann feuerte von seinem Gaul herab eine volle Ladung durchbohrender Blide auf den Unseligen.

„Weshalb kommen Sie zu spät?“

Die ganze Kompagnie hielt die Luft an, um zu lauschen. Der Einjährige hätte ruhig die Wahrheit sagen können, daß sein Weider verjagt hatte. Aber in dem Bestreben, den ungünstigen Eindruck seiner Versäumnis möglichst abzumildern, nahm er seine Lust zu der uralten Anekdote, daß er

Kaiserketten bekommen hätte — gerade als er zum Dienst

die Schwäche dieser selben Presse und ihrer Parteien hat bewirkt, daß die Regierung bis zu dieser Behandlung des Reichstages gelangen konnte.

Die Rückkehr von der Palästinafahrt.

Das Kaiserpaar ist am Sonnabend Vormittag in Potsdam eingetroffen. Der Reichskanzler und die übrigen Minister und Staatssekretäre waren mit der Generalität zum Empfang erschienen. Nur der fränke Miquel fehlte.

Nach dem „Reichsanzeiger“ gab der Reichskanzler beim Empfang der lebhaften Freude über die glückliche Heimkehr des Kaiserpaars warmen Ausdruck. Der Kaiser nahm hierauf Anlaß, die Staatsminister um sich zu versammeln, und machte über die erreichten und für die Zukunft noch zu erhoffenden Ergebnisse der Orientreise, sowie über die augenblickliche politische Lage am Mittelmeer unter dem Ausdruck seiner Befriedigung mit den erzielten Erfolgen dem Staatsministerium eingehende Mittheilungen.

Auf der Anarchistenjagd.

Für die Ueberwachung der anarchischen Bewegung haben sich nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ sämtliche deutsche Bundesregierungen neuerdings über einheitliche Grundsätze geeinigt. Zur Verschärfung des Nachrichtendienstes sollen sich die Polizeibehörden künftig auf direktem Wege bestimmte Mittheilungen machen; außerdem soll eine gemeinsame Sammelstelle für Nachrichten in Berlin eingerichtet werden.

Damit im Zusammenhange dürfte eine Notiz der „Frankf. Ztg.“ stehen, in der es heißt, daß die Reviere, Bürgermeistereien und Gendarmen angewiesen seien, nach einzelnen Seiten, die als notorische Anarchisten gelten, in geheimer Weise die eingehendsten Nachforschungen anzustellen, sie zu beobachten und sofort telegraphisch oder telephonisch Meldung zu erstatten.

Polizei, Polizei und abermals Polizei — das ist die ganze Weisheit unserer Staatseleiten. Die Ueberwachung indischer Verhältnisse von Berlin aus wird übrigens in der Bevölkerung Süddeutschlands sehr unangenehm wirken.

Die Polizei entwickelt denn auch überall eine fieberhafte Thätigkeit im Aufspüren von „Anarchisten“. Meist arbeitslos ja daneben, aber ihr Eifer erkalte deswegen nicht. In Delmenhorst suchte die Gendarmerie einen Handwerker, der dort arbeitet, auf, unterwarf ihm einen reinlichen Verhör und nahm Hausdurchsuchung vor. Und das Alles ausschließlich nur deswegen, weil sie erfahren hatte, daß der junge Mann Anarchist des „Sozialist“ ist. Natürlich mußte die Polizei schließlich mit leeren Händen abziehen.

Bei Worms in Michelbach sind nach einer Mittheilung des „Berliner Tageblatts“ 24 beim Tunnelbau beschäftigte italienische Arbeiter wegen anarchischer Umtriebe verhaftet worden.

Herner bringt die „Frankf. Ztg.“ folgende Meldung aus Karlsruhe: In einem hiesigen Gasthof wurde gestern ein angeblicher Anarchist, Namens Kasimir v. Kowalew, verhaftet. Er war von Konstanz angesetzt und kam von Baden-Baden her. Verdächtige Papiere sollen indes nicht bei ihm gefunden worden sein. Auch in Baden-Baden wurden am Tage der Ankunft des Kaisers mehrere Personen unter dem Verdacht, Anarchisten zu sein, verhaftet.

Diese Sensationsnachrichten klingen sich, wie so viele andere, bald als Schwindel zu rechtsonnen Jueden entschlappen.

Auch das angebliche Attentat auf den russischen Hofschatz in Ostpreußen, von dem vor Kurzem berichtet wurde, ist nichts weiter als Schwindel. Die Regierungsbureaukratie der „Heiligenbeiler Ztg.“ mittheilt, handelt es sich um einen Unfug, wie er von rohen Russen hier und da geübt wird. Jedenfalls hätten die Holzplatten, die wahrscheinlich um den Schatzwächter zu ärgern, aufs Gekochte gelegt waren, keinen Zug gefährdet.

Der Hauptmann widmete sich eine Minute an der Verlesung seines Opfers, das mit äußerster Spannung den Erfolg der dänischen Einschüpfung abwartete. Dann sagte er so laut daß es jeder Mann hören konnte: „Ich will Ihnen was sagen, Einjähriger: wenn Ihre Kasse noch einmal zu unvorsichtig ist und bei angelegtem Dienst anrückt zu bluten, dann wird ich Ihre Kasse drei Tage in den Rotten verweilen lassen.“

„Was ist, Herr Hauptmann?“

„Guten Morgen!“

Die Leute triumphierten. Denn so ein Einjähriger war was abtrug, trug sich die ganze Kompanie. Die wollen immer etwas Besonderes sein und viele Dinger beherrschen sie noch in dieser Richtung. Aber dieser Hauptmann, das war ein Mann nach ihrem Herzen. Der machte keinen Unterschied.

Ihrer Freude wurde indes sehr bald ein gemäßigter Dampf entgegen. Als die Kompanie wieder auf dem Kaiserhofe angekommen war, rief der Alte die Einjährigen vor die Front und hielt ihnen eine kluge Rede. Die Kompanie hatte über eine ganze Anzahl, da die Stadt eine Unversität besaß. Damit hing es auch zusammen, daß sie im April letzten Jahres einen Mann und nun noch ihr zweites halbes Jahr „überleben“ mußten.

„Sie haben einen Vertrag mit dem Kaiser“, sagte er zu ihnen, „den erhalte ich an. Einbedenkliche müssen sein, auch beim Kaiser. Aber da er ist. Ich respektiere Ihre Bildung und respektiere in Ihnen die höchsten Befehlsbefugnisse. Und wenn ich einmal zu der Kompanie käme: Sie sind aber so weit, dann sind Sie nie mit Gewalt. Werden Sie sich das ein für allemal!“

Der Fall Lippe.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ veröffentlicht abermals Mittheilungen von „wohlinformirter Seite“ über die Lippe'sche Angelegenheit, wonach „fast“ sämtliche deutsche Bundesfürsten die Denkschrift des Grafregenten von Lippe mit „sehr höflichen Antwortschreiben“ erwidert haben sollen. Das Blatt erzählt ferner, daß, als der Erbgraf zu Lippe vor zwei Jahren in Kassel dem deutschen Kaiser ein Schreiben des Grafregenten überreicht habe, worin letzterer seinen Regentenschaftsantritt notifizirte, der Kaiser ihn in der Jagdjoppe empfangen und nur kurze, wenig gnädige Worte an ihn gerichtet hätte.

Im Bundesrath soll „angecordnet“ sein, den Grafregenten nicht mehr „Erlaucht“ zu titulieren. Schrecklich, fürwahr!

Andererseits beginnt man nach der Rückkehr des Kaisers Stimmung gegen die Lippe'schen Beschwerden zu machen. Der Münchener „Allgemeine Zeitung“ wird aus Stuttgart telegraphirt, „infolge der persönlichen Rücksprache des Kaisers mit König Wilhelm und dem Prinz-Regenten Luitpold in München sei in der Lippe'schen Frage eine Wendung eingetreten, welche allen Vaterlandsfreunden zur Befriedigung gereichen könne. Zwischen dem Kaiser und der Mehrzahl der größeren Bundesfürsten sei Uebereinstimmung dahin erzielt, daß auch in der Behandlung dieser Frage die großen nationalen Gesichtspunkte den Ausschlag geben müßten, denen gegenüber kleinere Divergenzen zurückzutreten hätten.“

Mit den großen „nationalen Gesichtspunkten“ scheint man also den unliebsamen Vorgang begraben zu wollen.

Fleischnoth

In noch den in Baden stützenden amtlichen Erhebungen im Großherzogthum Baden, wie die offiziöse „Südd. Reichs-Korr.“ mittheilt, nicht gefunden worden. Der Fleischverbrauch nehme bei der städtischen, wie bei der landwirthschaftlichen Bevölkerung in steigendem Maße zu. Ob diese Zunahme aber auch gleichen Schritt gehalten hat mit der Zunahme der Bevölkerung, ist aus den Zeitungsberichten nicht ersichtlich. Bezüglich der Höhe der Fleischpreise wird eine wesentliche Erhöhung derselben nur für das Schweinefleisch zugegeben. Fleischhändler unter den Händlern, die auf eine Preistreibe hätten schließen lassen, sind nicht beobachtet worden.

Die Agrarier behaupten bekanntlich ferner, daß nur die Händler an den hohen Preisen schuld seien.

Die Ausweisungsbefehle für zwei angesehene polnische Großkaufleute in Krefeld ist nach der „Sag. Ztg.“ wieder rückgängig gemacht worden. Gegen arme Dienstmädchen u. dgl. die Ausweisungsbefehle bestehen.

Ausland.

Die Affaire Picquart

bringt die Dreyfusjache in den Hintergrund. Der Pariser Korrespondent der „R.“ schreibt:

Das Verfahren ist vollständig. Picquart wird den gebräuchlichen Schicksalen der Militärjustiz ausgeliefert. Die Kaiserliche Justiz hat die Entscheidung an den einzigen militärischen General-Adjutanten. Und diese Aufgabe wurde, gemäß den unüberlegten politischen Rücksichten, auf einen militärischen Offizier des Reserve-Regiments (Schwabinger-Regiment) übertragen, eben von General-Adjutanten wurde auch der für die anderen untergeordneten Angelegenheiten ergriffen, im letzten Grade. Man dürfte nicht über die von einem Angelegenheiten angelegten Reduzirten. Nur die Bemerkung, daß die befragten Angelegenheiten bereits einmal von dem militärischen Oberbefehlshaber (nach dem ersten Solange) erledigt wurden. Damit hat Picquart mit dem Auslieferung aus dem Lande. Das ist ein Schritt, der wegen demselben politischen Rücksichten zurückzuführen ist.

Der militärische Oberbefehlshaber hat von Picquart den Bericht verlesen — in einem der er hat keinen Grund mehr zu verlieren. Die beiden Richter haben sich mit Picquart im Augenblick, da der alte General-Adjutant die militärische Justiz an dem Lande nicht zu lassen, so zu sagen, sagt es der Militärjustiz, einen Mann zu verurtheilen. Der für die Entscheidung eines Justiz-urtheils ist die Entscheidung des militärischen Oberbefehlshabers. Der Bericht ist ein Dokument, das die militärische Justiz zu befragen. Dem Bericht liegt der Bericht des Berichters offen vor aller Welt.

Der bemerkenswerthe Fall des Picquart-Prozesses ist General-Adjutant der Militärjustiz von Paris, dessen Hauptaufgabe besteht in der Durchsetzung von vom General-Adjutanten übertragen wurde. Picquart spielt in der Militärjustiz die Rolle eines General-Adjutanten. Als solcher ist er aber dem Kaiserlichen Hofe, d. h. dem Hof der Militärjustiz, untergeordnet. Das ist die militärische Justiz, die Picquart nach so glücklich die Geschichte in Ordnung bringen, in letzter Linie ist es die Schuld an dem neuen Justiz-Verfahren. Jedenfalls liegt es in Picquart's Hand, wenigstens die Hauptaufgabe des Picquart-Prozesses ist nach Entscheidung der Militärjustiz anzufragen. Das wird die Rolle der neuen und alten Justiz, wenigstens eine Anzahl wichtiger Fälle, die in letzter Linie dem Picquart-Prozess mit der Militärjustiz zusammenhängen. Denn es liegt auf der Hand, daß der Picquart-Prozess in seiner Entscheidung über die militärische Justiz ein wichtiges Ereignis Picquart zu sein, wenigstens eine Anzahl wichtiger Fälle, die in letzter Linie dem Picquart-Prozess mit der Militärjustiz zusammenhängen. Das wird die Rolle der neuen und alten Justiz, wenigstens eine Anzahl wichtiger Fälle, die in letzter Linie dem Picquart-Prozess mit der Militärjustiz zusammenhängen.

Eine öffentliche Bewegung zu Gunsten Picquart's, welche die Regierung für sich ignorieren kann, beginnt sich abzuzeichnen mit Recht zu erwarten, nachdem bekannt geworden ist, daß Picquart vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll. Eine Anzahl hervorragender Männer, Soldaten, Senatoren, Richter, Schriftsteller und andere „Intellektuelle“ haben sich zum Zweck der Unterstützung Picquart's vereinigt. Daraus besteht die Mitglieder des Komitees der Unterstützung der Picquart'schen Angelegenheit — das ist die öffentliche Bewegung zu Gunsten Picquart's.

aus Paris meldet, trägt der Protest gegen die Verfolgung Picquart's bereits tausende von Unterschriften, darunter die von Anatole France und Adolphe Carnot, dem Bruder des verstorbenen Präsidenten.

Auch die französischen Parlamente werden sich mit der Sache demnächst zu beschäftigen haben. Wie lautet, beabsichtigen Millerand, Ribot und Poincaré am nächsten Montag einen Antrag einzubringen, welcher bezweckt, Picquart der Jurisdiktion des Kriegsgerichts zu entziehen. Es sollte weder eine Abänderung des Militärstrafgesetzbuches beantragt werden, dahin lautend, daß die Kriegsgerichte lediglich für militärische Delikte zuständig sein sollen, oder solle ein Gesetzentwurf eingebracht werden, wonach der Kassationshof berechtigt sein soll. Verweisung an die Kriegsgerichte zu annullieren. Der Deputirte Laussedat beabsichtigte, in der Kammer eine Interpellation einzubringen über den Beschluß des General-Adjutanten, Oberst Picquart vor ein Kriegsgericht zu stellen, ehe der Kassationshof seine Untersuchung beendet habe. Laussedat stand dessen von seinem Vorkommen ab auf die Mittheilung, daß in dieser Angelegenheit eine befriedigende Auskunft erteilt würde. — Der Deputirte Vos kündigt dagegen an, daß wegen Jurindens Haltung in der Angelegenheit interpellirt werde.

Am Senat beabsichtigt Volland eine Interpellation einzubringen über die Zweckmäßigkeit, die Aburtheilung Picquart's durch das Kriegsgericht bis nach der Entscheidung des Kassationshofes hinauszuschieben.

Die Präsidenten der Gruppen der Linken des Senats antworteten dem Ministerpräsidenten Dupuy, dem Kriegsminister Freycinet und dem Justizminister Lebret das Verlangen, daß das Urtheil gegen Picquart ausgesetzt werde, bis der Kassationshof seine Entscheidung in der Dreyfusjache gefällt habe. Die Senatoren Volland und Monis, welche die Delegirten geleiteten, führten aus, die Regierung sei berechtigt, im politischen Interesse eine solche Maßnahme zu ergreifen, oder könne ein Kommissar der Regierung beim Kriegsgerichte die Vertagung der Angelegenheit verlangen. Die Minister hörten die Senatoren an, ohne die geringste Bemerkung zu machen. Ministerpräsident Dupuy beschränkte sich darauf, zu sagen, daß er mit den übrigen Ministern den Schritt der Senatoren bespreche und morgen seine Antwort erteilen werde.

Es erhob sich die „Radikal“ mittheilt, gehen von der öffentlichen Meinung und der eigenen Furcht, um die Hände der Gerichte zu entgehen, von Land zu Land. Von London er begab er sich nach Holland, wo er in einer Amsterdamer Zeitung einen Artikel geschrieben und in eine Diskussion der Angelegenheit verfallen. Er fühlte sich nicht mehr sicher in England, weil der Richter Dextulus in Folge der Klage seines Vetter Christian Esterhazy wegen Betruges die Auslieferung des Major betreibt. Als er davon Wind erhalten, floh Esterhazy nach Holland, wo die Auslieferungsbefehle noch verwickelt sind als in England.

Der ungarische Parlamentsstandal.

In Budapest wiederholte sich das Schauspiel, das sich im Jahresfrist in Wien abgespielt hat. Eine entseelte Kammer, in der keine Verhandlungen mehr, sondern bloß wüste Krawalle gelaufen auf der Straße Kampf zwischen Publikum und Polizei, schiefen Revolver, blühende Säbel, laufender Steinhaufen. Und doch bestanden zwischen den vorjährigen Vorgängen in Wien und den diesjährigen in Pest ein tiefgreifender Unterschied. Denn während in Wien ein Parlamentssturm und Volksbewegung einer einheitlichen Ursache entsprang — der Vergewaltigung des Parlaments — und auf ein einheitliches Ziel losstürzte — die Verhinderung des Ausgleichs und die Beseitigung Baden's — sind die beiden gleichlautenden Vorgänge in Ungarn nach Ziel und Ursache von einander verschieden. Die Affaire der Verletzung des Herolds im Falle des Denkmal eines kaiserlichen Generals, der vor fünfzig Jahren gegen die ungarischen Ungarn vertheidigt hat, hat der Opposition die ungarischen Reichstages die gewünschte Gelegenheit geboten, ihren verhassten General Banffy durch fortgesetzte Verurtheilung als parlamentarische Regierung unzulässig zu machen. Die Herolds-Affaire ist ihr nur Anlaß, nicht Ursache ihres Vorgehens. Aber es ist es bei der Pest Studentenschaft und einem Theile der Pest Bevölkerung, in denen die revolutionären Traditionen noch mächtig fortleben und die, indem sie durch Abführung des Kaszars die ihre Aktion einleiteten, ihren Gefühlen Ausdruck gaben. Dem Manne gegenüber, der in zehn Tagen sein fünfzigjähriges Jubiläum gefeiert worden ist. Rag nun auch der Parlamentssturm vielleicht sein ausschließliches Ziel, den Sturz Banffy's, erreichen, ist seine Bedeutung doch nur eine episodische, während die vorläufigen stillosen Vorgänge auf der Straße von symptomatischer Bedeutung für die künftige Entwicklung des Landes sind.

An dem Stande der Ausgleichfrage ist durch die neue Wendung nicht viel geändert worden. Die Sicherheit, daß der heutige Zustand einfach vom Standpunkte der Staatsnothwendigkeit weiterhin in verfassungswidriger Weise aufrecht erhalten werden wird, ist damit nur noch größer geworden.

Eine Ausnahme für die Personen, welche sich der militärischen Stellungspflicht entzogen haben oder der Einberufung zur Wehr nicht gefolgt sind, hat der Kaiser von Oesterreich anlässlich seines Regierungsjubiläums erlassen.

Vom italienischen „Verbündeten“.

Das Wahlgesetz soll nach dem von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf folgende Fassung erhalten: Der Deputirte, dessen Wahl wegen Korruption annullirt wurde, ist für 3 Jahre unwählbar. Der Wahlkreis, in dem zweimal hintereinander die Wahl wegen Korruption annullirt wurde, muß für 3 Jahre keinen Deputirten ins Parlament schicken; ebenfalls gilt der Wahlkreis, der zweimal hintereinander eine gesetzlich unwählbare Person wählte, auf 3 Jahre seines Rechtes, im Parlament vertreten zu sein, verlustig. Die letzte Bestimmung ist gegen die Protestwahlen gerichtet.

Die Wahlgesetzänderung findet in der Kammer keinen Anklang. Nicht der General Belloni aus diesem Anlaß der Kammer mit der Kammer auf, so wird er ohne Zweifel unterliegen; geht er es vor, den Säbel in die Scheide zu stecken und den Gesetzentwurf zurückzugeben, so hat er sich lächerlich gemacht.

Die Börse begrüßte mit Haufe den Handelsvertrag mit Frankreich. Die Rente stieg um mehrere Prozent und das Goldagio ging zurück. Dem italienischen Reich und anderen Landesregierungen wird ein von Crispien

schlossenes Abgabebiet wieder eröffnet, und die französische Industrie wird mit der deutschen, die sich in der Zwischenzeit so gut eingeknistet hat, den Kampf in Italien wieder aufnehmen.

Mit Verhaftungen und Ausweisungen bereitet die römische Polizei das Terrain für den Antianarchistenprozess vor; nicht nur Anarchisten, sondern auch Sozialisten und Arbeiter ohne politische Gesinnung, von Spitzeln denunziert, sind der Verfolgung ausgesetzt. Der Polizeiterroismus feiert Orgien.

Die Regelung der macedonischen Frage

Durch die europäischen Mächte unter Anwendung von Gewalt gegen die Türkei ganz nach Analogie der Regelung der Kretafrage scheint in der That bevorzustehen. Von Petersburg und Rom wird gleichzeitig gemeldet, wenn die Pforte nicht endlich Macebonien die im Berliner Vertrage zugesicherten Reformen bewilligt, würden die Mächte im nächsten Jahre die Ordnung der Dinge wie in Kreta in die Hand nehmen. Auch der bekannte englische Reisende Stead, der jüngst mit dem Jaren in Livadia eine Unterredung über die Abrüstungsfrage hatte, bestätigte, wie der „Voss. Ztg.“ gemeldet wird, diese Lösung der macedonischen Frage als einen Ausdruck des Kaisers Nikolaus.

Spanien und Amerika.

Die Annahme der amerikanischen Friedensbedingungen einschließlich der Abtretung der gesamtamerikanischen Provinz durch Spanien ist Thatsache. Der spanische Ministerrat genehmigte am Freitag einstimmig die betreffende Note. Ueber den Inhalt der Note wird Stillschweigen beobachtet. Man glaubt, daß die Verhandlungen über die Philippinenfrage am Montag zum Abschluß gelangen werden. Dieser letzte Satz deutet unumwunden darauf hin, daß Spanien sich gefügt hat.

Am Freitag Abend 10 Uhr fand ein vom Präsidenten McKinley einberufener außerordentlicher amerikanischer Ministerrat statt, der über die von den Friedenskommissaren in Paris eingegangenen Nachrichten berieth. Wie verlautet, berichteten letztere über die von den Spaniern in nicht formeller Weise gemachten Gegenvorschläge. Nach dem Kabinettsrathe sandte Präsident McKinley an die Friedenskommissare eine Depesche, in der er die früheren Instruktionen wiederholte.

Wie der Madrider „Imparcial“ meldet, enthalten die an Montero Rios gesandten Instruktionen die Weisung, weiter für die Aufrechterhaltung der Oberhoheitsrechte Spaniens über die Philippinen einzutreten, jedoch den Friedensvertrag ohne Protest zu unterzeichnen, um eine Angelegenheit zum Abschluß zu bringen, welche die größten Gefahren für Spanien mit sich bringen könnte.

Partei-Angelegenheiten.

In die Redaktion des „Vorwärts“ tritt am 1. Dezember ein Stelle unseres aus Preußen ausgewiesenen Kollegen Dr. Adolf Braun der Parteigasse Dr. Kurt Eisner ein.

Respekt vor den blinden Hessen. Aus dem nicht ganz 100 Einwohner zählenden hessischen Dorfe Mühlheim am Main wird der „Mittelb. Sonntags-Zeitung“ geschrieben: Der hiesige sozialdemokratische Unterstützungsverein hält am 1., 2. u. 3. Juli nächsten Jahres seine Jahresversammlung. Der Verein wurde im Oktober 1890 gegründet und hat zur Zeit 400 Mitglieder. Das Energie und Ausdauer zum Siege verleiht, hat auch dieser Verein gezeigt. Im Jahre 1892 unterlag er noch bei der Gemeinderathswahl mit anderen Kandidaten; aber im Jahre 1895 brachten wir unsere drei Kandidaten und im Jahre 1898 acht weitere Kandidaten bei der Gemeinderathswahl durch, so daß unsere Gemeindevetretung mit Beginn des Jahres 1899 aus zehn Sozialdemokraten und nur noch zwei Mitgliedern aus bürgerlichen Parteien besteht. —

Bei den Stichwahlen zum Stadtverordneten-Kollegium in Frankfurt a. M. sind unsere drei Kandidaten unterlegen. Sie waren im Bezirk Bodenheim aufgestellt und erhielten Stimmen: Epifanius 516 (gegen 375 bei der Hauptwahl), Ortenstein 40 (Hauptwahl 274), Adamus 279 (Hauptwahl 250). Für Epifanius und Ortenstein hat ein Theil der Demokraten und Freiwähler gestimmt, viele Wähler aber sind diesem Beschlusse ihrer Parteiführer nicht nachgekommen. Sie strichen auf ihren Zetteln die Namen Epifanius und Ortenstein, um ihren Kandidaten Nikolaus zu die erste Stelle zu bringen, was denn auch gelungen ist. Nikolaus erhielt 583 Stimmen gegen 243 bei der Hauptwahl. Ueber ihm wurden noch gewählt die Nationalliberalen Medler und Mohrt mit 583 und 536 Stimmen gegen 391 und 314 Stimmen bei der Hauptwahl. Von 1552 Wahlberechtigten stimmten 994 gegen 40 bei der Hauptwahl.

Die Stadtverordnetenwahlen in Erfurt endeten für unsere Partei damit, daß zwei Sozialdemokraten in die Stichwahl kamen. Von unseren sechs Kandidaten erhielten Stimmen: Fritz 639, H. Böhm 633, A. Kilian 635, M. Henn 624, B. Reiß 619 und H. Wappe (bei der Erstwahl) 623. In die Stichwahl kamen Fritz und Wappe. Fritz' bürgerlicher Gegenkandidat mit 775 Stimmen erhalten, Wappe's Gegenkandidat 746. Von den Kandidaten der Gegner siegte vier mit einer Stimmenzahl von 1230.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Dessau erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 575—798 Stimmen. Die erste Stimmenzahl bekam Genosse Peuß. Die Gegner brachten auf 1163—2346 Stimmen. Von 4325 Wahlberechtigten stimmten 586, d. h. etwa 60 Prozent.

In dem Städtischen Blothe in Weiskalen wurde der Parteiwähler Schrage mit 126 gegen 45 Stimmen, die der bisherige städtische Inhaber des Mandats erhielt, als Vertreter der dritten Klasse in das Stadtverordneten-Kollegium gewählt. Der Blothorrespondent der Bielefelder „Volksrecht“ ruft in der Bielefelder „Volksrecht“ den Wählern zu: Dieses Resultat zeigt Euch, daß es nicht nützt, wenn jeder seine Pflicht erfüllt und sein Wahlrecht ausübt. Darum darf nicht getraut, sondern es muß mit aller Kraft geachtet werden. Die dritte Abtheilung darf nur durch Vertreter vertreten sein.

In Slingen in Württemberg haben Volkspartei und Antiklerikaler Bürgerverein gemeinsam unsere Parteigenossen den Vorschlag gemacht, die Namen von vier Kandidaten für die Bürgerklasse auf zu wählen gegenständig auszutauschen. Unsere Parteigenossen haben in einer Versammlung diesem Vorschlage zugestimmt und werden in einer sozialdemokratischen Kandidaten aufgestellt, deren Namen nun auf die gemeinsame Liste der drei Parteien kommen.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Glaß wurde Schulmacher Robert Hannig aus Schredendorf in Unterhachinge genommen. Hannig ist wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden.

Wegen Majestätsbeleidigung ist ein Amerikaner am Donnerstag Abend in einer Weinstube in Berlin verhaftet worden.

Die Kieler Strafkammer verurtheilte den Arbeiter Hoffmann aus Rendsburg wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis. Er hat die beleidigende Aeußerung in der Betrunkenheit gethan und ein Ingenieur Mangelsdorf hat ihn denunziert.

(Ende der Rubrik Volkliche Uebersicht.)

Menschenjindererei in Kliniken.

In der königlichen Universitäts-Ohrnklinik in Halle a. S. hat ein Arzt, den das Wesen der Furunkel u. s. w. „wissenschaftlich“ interessirte, einen zehnjährigen Knaben, der an Blutvergiftung „hoffnungslos“ darniederlag, eine Eiterfurunkel aus dem Furunkel eines Mädchens auf die linke Wade eingetrichtert. Am nächsten Morgen zeigten sich gegen 15 Pufeln auf markstückgroßer Hautfläche. Am Mittag, 21 Stunden nach der Einreibung, ist der Patient gestorben.

Ueber schauerhafte Schindereien in dem Rudolfs-Hospital in Wien berichtet die „Neue Heilkunst“:

Am 5. Juli kam ein gewisser Kraus, der an einem Abszess an der linken Schläfe erkrankt war, in das Rudolfs-Hospital, wo er vom Assistenzarzt Dr. Groß behandelt wurde. Gegen Ende des Monats wurde er von Dr. Groß in den Operationsaal geführt, wo ihm mit einer vorher erwärmten Spritze eine Injektion gemacht wurde. Als der Patient den Arzt fragte, welchen Zweck diese Einbringung habe, erhielt er die Antwort, „er möge nur ruhig sein, es werde ihm nichts geschehen“. Wenige Tage später machte der Kranke die entsetzliche Wahrnehmung, daß er von einer schweren Geschlechtskrankheit befallen war, zu der sich später noch andere Komplikationen gesellten. Als Kraus deshalb den Doktor zur Rede stellte, hatte dieser die Stirn, seine Freude darüber zu äußern, daß die ekelhafte Krankheit zur normalen Zeit aufgetreten sei und nahm ihn sofort in Behandlung. Der Kranke, der bisher nie geschlechtskrank gewesen war, litt schwer unter der Anstaltung, die für ihn noch zwei weitere Leiden zur Folge hatte. Das „Wiener Volksblatt“ hatte den Muth, diese Unmenslichkeiten aufzudecken, doch wurden seine Mittheilungen alsbald von der Mehrzahl der maßgebenden Blätter dementirt. Nitzmann, dem Verfasser des Aufsatzes in der „Neuen Heilkunst“, gelang es jedoch, aus dem im August dieses Jahres erschienenen dritten Heft des 45. Bandes des Archivs für Dermatologie und Syphilis festzustellen, daß diese grauenhaften Enthüllungen auf Wahrheit beruhen, da die unsauberen Experimente von ihren eigenen Urhebern als wissenschaftliche Thaten beleuchtet und hervorgehoben wurden. Auf Seite 329 findet sich dort ein Aufsatz, betitelt: Bakteriologische Studien über den Gonococcus von Dr. Siegfried Groß und Dr. Rudolf Kraus, Assistenten der Abtheilungen für Hautkrankheiten und Syphilis des Professor Doktor Wroled in der k. k. Rudolfsstiftung. Seite 343 geben die Herren Dr. Groß und Dr. Kraus eine genaue „Versuchs-anordnung“, die sie bei ihren diesbezüglichen Experimenten beobachteten, und diese Versuchs-anordnung deckt sich nach der von Nitzmann angefertigten Vergleichung vollständig mit jenen Angaben, die der Schuhmachergehilfe Kraus bezüglich der von Dr. Groß an ihm vorgenommenen Ansteckung geschildert hat. Wer die Versuchsanordnungen dieser Herren waren, darüber giebt die auf 344 veröffentlichte Mittheilung der genannten Herren Aerzte einen klaren Aufschluß. Es heißt nämlich daselbst: Die meisten Patienten hatten niemals eine gonorrhöische Infektion durchgemacht; mit Vorliebe wurden jugendliche Individuen (14 bis 18 Jahre alt) für diese Versuche gewählt. Die Herren Doktoren Groß und Kraus erklären also selber, daß sie mit Vorliebe an vierzehn- bis achtzehnjährigen Individuen — Knaben und vielleicht auch Mädchen — die bis dahin noch nie an einer Geschlechtskrankheit gelitten hatten, ihre Experimente unternahmen. Dr. Groß hat bis zum März d. J. nicht weniger als vierundzwanzig Patienten das widerliche Gift der Gonorrhoe eingespritzt, das von der heutigen Heilkunde für gefährlicher als das der Syphilis angesehen wird, da nur etwa 50 v. H. der Fälle zur Heilung gelangen, während der Prozentatz der geheilten Syphilitiker ein bedeutend größerer ist. Wir können, falls alle Angaben unseres Gewährsmannes sich als zuverlässig erweisen, seine flammende Empörung nur in vollem Maße theilen. Heilkünstler dieser Art gehören nicht in die Hospitäler, sondern nur vor die Schranken des Gerichts.

Das „Korrespondenzblatt der ärztlichen Kreis- und Bezirksvereine im Königreich Sachsen“ sagt hierzu:

Nicht nur wir, sondern der ganze ärztliche Stand wird die Empörung über diesen frechen Eingriff in fremde Marschrechte theilen. Es ist unverantwortlich, daß sich gerade Aerzte einer derartigen Gewissenlosigkeit schuldig gemacht haben, deren Beruf sie ganz und gar dazu verpflichtet, den sich ihnen anvertrauenden Kranken Heilung und nicht neues Unheil zu bereiten.

Arbeiterbewegung.

In Berlin streiken seit längerer Zeit die Arbeiter der Möbelfabrik Th. Red. Reichmar u. Co.

Die Arbeiter der Firma G. u. A. Rades, Rein-Göln a. W., haben in Folge von Lohnreduzierungen, die 20 bis 25 Prozent betragen, die Arbeit eingestellt.

Ueber den Ausfall der Wahlen in der Knappe-Schiffbauerei schreibt die „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“:

„In Schluß der Redaktion lagen uns 158 ihrer Wahlscheine vor. Davon sind 107 Reine Oppositionelle, 11 zweifelhafte und 40 Zehnjährige. Die absolute Majorität beträgt 131. Wir sind also nahe daran; von den noch ausstehenden 103 Wahlscheinen können wir noch ein knappes Drittel für die Opposition rechnen.“

Der Streik der Zimmerer in Glesburg ist noch nicht beendet, vielmehr wird der Kampf mit Unterstützung der Organisation fortgesetzt.

Die Differenzen in der Hemmerbacherischen Spiegelrahmen-Fabrik in Zürich sind beseitigt, nachdem die Firma die Alfordlohn-Reduzierung zurückgezogen hat.

Die Metallarbeiterbewegung in Schweden geht ihrem Ende entgegen, da bereits circa 60 Meister bewilligt haben. Nur einige Meister sträuben sich noch, bei denen nächste Woche die Arbeiter in den Streik eintreten, wenn keine Einigung erzielt wird.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunfall. Der von Zwidau Nachts 12 Uhr 23 Min. in Glauchau eintrifffende Güterzug stieß mit dem 12 Uhr 4 Min. von Glauchau nach Böhmisch-Abtheiden Personenzug zusammen. Beide Lokomotiven sind entgleist. Ein Bremser erlitt Armverletzungen. Reisende wurden nicht verletzt. Nach vorläufigen Erhebungen hat der Güterzug bei starkem Nebel das auf „Halt“ stehende Signal überfahren, trotzdem die üblichen Knallsignale ausgelegt waren.

Folgen der Erziehung. Aus dem Kreise Rulm wird dem „Voss.“ geschrieben: Als vor einigen Tagen zwei Dampfzuglokomotiven nach Plandau kamen, fiel ein altes Mütterchen, das noch nie Derartiges gesehen hatte, auf die Erde, betrauerte sich und sagte: „Man hat vom Antichrist erzählt, da ist er.“ — In solchen Gegenden hat die Orthodoxie noch lange gute Tage!

Untergegangen ist nach einem bei Lloyd's in London eingegangenen Telegramm der Dampfer „Fylames“ auf der Fahrt von London nach Swansea am Donnerstag während eines Sturmes bei Beachy Head. Zehn Seeleute sind ertrunken. Der Schwedische Dampfer „Gambetta“ stieß im Fehmarnbelt auf einen unbekanntem gesunkenen Dampfer, von dem nur noch die Masten hervorragten. Das Schicksal der Besatzung ist unbekannt.

Schneefälle in England. In Birmingham, Manchester, Leicester und Glasgow ist der Verkehr durch große Schneefälle zum größten Theil gehindert. Die Schulen sind geschlossen. Viele Räder sind im offenen Felde im Schnee stecken geblieben. Ganze Viehherden sind eingeschneit und müssen Hunger leiden.

lokales und Provinziales.

Breslau, den 28. November 1898.

Zur Wahl im 22. Bezirk.

Sowohl die hiesige „Morgenszeitung“ wie die „Breslauer Zeitung“ bringen in ihrer Sonntagsnummer gleichlautende Notizen, nach welchen die Schuld an dem unerhörtem Vorgang im 22. Bezirk, durch welchen eine Wahl dort unmöglich wurde, die Weisiger nicht treffen soll. Es heißt da:

„Der eine der stellvertretenden Weisiger erklärte, wie schon früher mitgeteilt, am Wahltag seine Pflicht als Schöffe und der andere, Armendirektor Schweizer, war geschäftlich verreist und erhielt von seiner Ernennung in Folge dessen überhaupt keine Kenntniss. Das bezügliche Magistratsdekret ging nämlich am Dienstag, den 15. November, Abends, also am Tage vor dem Wahltag, in seiner Wohnung ein, und trug die Adresse: „Herrn Armendirektor Schweizer.“ Da Herr Schweizer Armenfachen begrifflicherweise nur hier in Breslau, nicht aber auf Geschäftsreisen erleben kann, hat er ganz allgemein angeordnet, daß Briefe in Armenfachen ihm nicht nachgelandt werden. Der Brief blieb also bis zur Rückkunft des Herrn Schweizer liegen. Als derselbe am 20. November Abends zurückkam, öffnete er den Brief und sah, daß derselbe die Einladung erhielt, im 22. Bezirk bei der Stadtverordnetenwahl am 17. und 18. als Weisiger zu fungiren. Herr Schweizer hat also am Tage der Wahl weder gewußt, noch wissen können, daß sein Erscheinen bei der Wahl nötig war.“

Wir geben zu, daß nach dieser Darstellung Herr Schweizer in der That frei von Schuld sein dürfte. Wie aber steht es mit dem anderen stellvertretenden Weisiger, Herrn Hilbrand, Kurzegeßte? Es ist nämlich nicht richtig, daß dieser Herr am Wahltag als Schöffe fungirte, das traf vielmehr nur auf den eigentlichen Weisiger, Herrn Stadtverordneten Wende, zu. Eine entschuldigende Erklärung des Herrn Hilbrand vermischen wir aber noch immer. Im Uebrigen bedürfte es aber doch wohl noch der Aufklärung, weshalb der Magistrat den Weisigern resp. deren Stellvertretern ihre Ernennung erst so spät und wenig Stunden vor dem Wahltag mittheilt. Das ist doch gewiß nicht in Ordnung?

* **Die Besserung der Wohnungsverhältnisse** ist eine der Aufgaben unserer Kommunen. Die Sozialdemokratie hat seit Jahren nach dieser Richtung gewirkt. Auch in unserem Programm zur Breslauer Stadtverordnetenwahl sind entsprechende Reformvorschlüge enthalten. Die Gegner unserer Bestrebungen spotten entweder über diese sozialistischen Utopien oder sie zucken gleichgültig mit den Achseln. Was geht denn das unsere Stadtväter an?

Anderswo denkt man, sozialistischen Anregungen folgend, denn doch schon anders über diese Aufgaben kommunalpolitischer Natur. So ist jetzt in Stuttgart die Errichtung eines Wohnungsamtes im Werke. Im Auftrage des Oberbürgermeisters hat der Direktor des statistischen Amtes der Stadt Stuttgart, Dr. Rettig, dem Gemeinderathe einen Plan vorgelegt, wonach dem Amte folgende vier Hauptfunktionen zugebach sind:

1. Statistische Beobachtung aller Vorgänge auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Wohnungsmarktes, also Einrichtung einer fortlaufenden Statistik über die Neubauten, die Umbauten, die leerstehenden Wohnungen und die Miethspreise.
2. Wohnungsnachweise, darauf gestützt, daß die Hausbesitzer durch Ortsstatistat verpflichtet werden sollen, jede vermietbare Wohnung unter Beschreibung derselben und Angabe des Preises anzumelden und nach erfolgter Vermietung unter Angabe der neu einziehenden Personen wieder abzumelden. Der Wohnungsnachweis soll so wird vorgeschlagen, dadurch geschehen, daß etwa zweimal wöchentlich eine Liste herausgegeben wird, worin sämtliche vermietbare Wohnungen und Geschäftsräume, geordnet nach Straßen, Stadttheilen, Lage der Stadtwerke und mit Angabe des Miethpreises, fortlaufend verzeichnet sind.
3. Wohnungsinspektion, insbesondere Ermittlung der überfüllten Wohnungen, zu welchem Zweck die Hausbesitzer verpflichtet werden sollen, dem Wohnungsamte anzugeben, wie viel Angehörige und Mieter der Miether der neuvermieteten Wohnungen mitbringen werden.
4. Soll das Wohnungsamte u. A. vor dem Erlaß von Ortsbau-Statuten, bei Stadterweiterungen und über Anträge auf Erbauung von Miethwohnungen durch die Stadt gesetzlich gebürt werden.
5. Soll das Wohnungsamte als unentgeltliche Auskunftstelle für alle Fragen des Miethpreises fungiren; ferner wird dem Gemeinderathe anheim gegeben, zu erörtern, ob es nicht nützlich wäre, dem Wohnungsamte auch eine schiedsrichterliche Funktion zuzuerkennen.

Wann wird man hier in Breslau nach dieser Richtung hin den ersten Schritt unternehmen? Nicht früher, als bis die demokratische Partei im bürgerlichen Rathenrathe, in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung sitzen!

